Ina Borckmann

Krisenmüde —

Wie der Daueralarm zur Normalität wurde

Wir Deutsche wirken gelassener — und das irritiert mich doch ein wenig. Gleichzeitig mit anhaltenden Krisen (Inflation, Krieg, Migration) zeigen aktuelle Umfragen, dass die Sorge insgesamt leicht zurückgeht. Doch dieses Abklingen ist kein Ausdruck von Zuversicht, sondern oft das Resultat einer Gewöhnung an den Dauerstress: Wir stumpften ab, resignieren und lernen, mit dem Alarmzustand zu leben. (FAZ.NET)

Die Zahlen sprechen Klartext: Der seit Jahrzehnten erhobene Angst-Index der R+V-Studie ist zuletzt gesunken — ein Signal, das Forscherinnen und Kommentatoren als „Krisenmüdigkeit" beschreiben. Gleichzeitig bleibt die wirtschaftliche Sorge dominant: Steigende Lebenshaltungskosten sind zum wiederholten Mal die größte Einzelangst — für rund die Hälfte der Befragten ein drängendes Thema. Dieses Paradox — weniger generelle Angst, aber weiterhin massive Sorgen um Geld und Alltag — prägt das Stimmungsbild. (FAZ.NET)

Aber warum wirkt die allgemeine Stimmung trotzdem «leichter»? Politik- und Sozialforscher erklären das mit mehreren Effekten:

- Informationsüberfluss und Dauerberichterstattung führen zu Gewöhnung;
- akute Schocks verlieren an Überraschungseffekt;
- und wer dauerhaft mit Unsicherheit lebt, entwickelt oft Strategien — von aktiver Anpassung bis zu fatalistischer Resignation.

Die Wissenschaftlerin Isabelle Borucki nennt das die Anpassung an eine «Art Dauerkrise». (FAZ.NET) Ich nenne das Überlebensstrategie: niemand kann auf Dauer einen Zustand großer psychischer Unsicherheit und Überforderung aushalten.

Das heißt nicht, dass die Probleme verschwunden sind. Höhere Preise, die Angst vor unbezahlbarem Wohnen oder die Furcht vor Kürzungen bei Sozialleistungen sind für viele Realität — und politisch brisant. Manche Risiken (etwa die Sorge vor autoritären Herrschern) sind sogar gestiegen; andere (z. B. die Angst um den eigenen Arbeitsplatz) haben abgenommen — allerdings oft nur, weil der Markt inzwischen andere Zwänge und Unsicherheiten hervorruft. (FAZ.NET)

Für Politik und Gesellschaft liegt darin eine Doppelaufgabe:

- Erstens müssen Entscheider die realen, greifbaren Sorgen der Menschen noch sehr viel ernst nehmen — besonders bei Lebenshaltungskosten und dann bei den Plätzen zwei und drei der Angst-Rangliste. Das sind in diesem Jahr die Angst vor der Überforderung des Staates durch Geflüchtete und die Angst vor Steuererhöhungen beziehungsweise Leistungskürzungen. In beiden Fällen gaben 49 Prozent der Befragten an, sich davor zu fürchten. Auf Platz vier folgt die Furcht vor unbezahlbarem Wohnraum (48 Prozent).[1] Klimaschutz dagegen spielt für die meisten keine relevante Rolle mehr.

[1] https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft-studie-sorgen-der-deutschen-100.html

- Zweitens gilt es, die Demokratie gegen politische Erschöpfung zu stärken: Gewöhnung darf nicht in Gleichgültigkeit kippen, denn Abstumpfung macht Gesellschaften anfälliger für Populismus und Polarisierung. Expertinnen warnen, dass fehlendes Vertrauen in staatliches Handeln den Nährboden für radikale Antworten liefert. (n-tv)

Wir Deutschen sind nicht weniger betroffen — wir sind inzwischen nur geübt darin, betroffen zu sein. Das ist auf den ersten Blick praktisch (der Alltag funktioniert weiter), auf den zweiten Blick aber riskant. Denn wer dauerhaft auf Autopilot schaltet, übersieht die Baustellen, die neu aufgerissen werden.

Eure Ina Borckmann